

Aktuelle Trends fossiler Brennstoffsubventionen in der EU

Ausstieg als kontinuierliche Herausforderung

Damit Subventionen für fossile Brennstoffe mit den Klimazielen der EU im Einklang stehen, müssen sie schrittweise abgeschafft werden. Allerdings sind infolge der Energiekrise fossile Brennstoffsubventionen letzters temporär stark angestiegen.

Von Jan Nill

Durch internationale und EU-Verpflichtungen und die Europäische Kommission sind die Mitgliedstaaten aufgefordert, Subventionen für fossile Brennstoffe abzuschaffen. Nach einigen Jahren leicht rückläufiger Subventionsbeträge für fossile Brennstoffe in der EU sind die Energiesubventionen, auch für fossile Brennstoffe, seit 2022 stark gestiegen, um den Auswirkungen der sehr hohen Preise während der Energiekrise zu begegnen. [1] Die Subventionen für fossile Brennstoffe stiegen von 60 Mrd. EUR im Jahr 2021 auf 136 Mrd. EUR im Jahr 2022 und gingen dann 2023 auf 111 Mrd. EUR zurück. [2] Im Jahr 2023 wurden davon rund 90 % als umweltschädlich eingestuft. Die deutschen Subventionen machen 2023 rund 1 % des BSP aus und liegen über dem EU-Durchschnitt.

Diese jüngsten allgemeinen Trends werden durch eine Analyse der haushaltswirksamen Maßnahmen der EU-Mitgliedstaaten zur Abmilderung der Auswirkungen der hohen Energiepreise und ihrer Ansätze in den Haushaltsplänen bestätigt. Diese stiegen stark von rund 1,5 Mrd. EUR im Jahr 2021 auf 64,5 Mrd. EUR im Jahr 2022, bevor sie 2023 auf 43,5 Mrd. EUR zurückgingen.

Dabei hat die Unterstützung für Haushalte und energiepreisbezogene Transfers, die wirtschaftlich besonders ineffizient sind, zugenommen. Letztere machen in den Jahren 2022 und 2023 rund 50 % des Betrags der neuen direkten Subventionsmaßnahmen für fossile Brennstoffe aus, während der Anteil der steuerlichen Maßnahmen nur rund 45 %

beträgt. Andere direkte Transfers spielen nur eine untergeordnete Rolle.

Kein guter Pfad

Dieser Anstieg in den Jahren 2022 und 2023 dürfte vorübergehend sein. Subventionen, die ausschließlich auf fossile Brennstoffe ausgerichtet sind, dürften von rund 43,5 Mrd. EUR im Jahr 2023 auf 9,5 Mrd. EUR im Jahr 2024 und 1,5 Mrd. EUR im Jahr 2025 stark zurückgehen. Für diesen Teil der Subventionen für fossile Brennstoffe sehen die Haushalte der Mitgliedstaaten daher einen fast vollständigen Ausstieg vor.

Die Subventionen der EU-Mitgliedstaaten für fossile Brennstoffe dürften insbesondere für die Jahre 2022 und 2023 unterschätzt worden sein. Der Anteil der Subventionen für fossile Brennstoffe an den zahlreichen Kombimaßnahmen zur Bewältigung der Energiekrise, mit denen die Strom- oder Wärmepreise und die Preise für fossile Brennstoffe gleichzeitig angegangen wurden, kann nicht quantifiziert werden. Der Anteil von Energiesubventionen für alle oder mehrere Energiequellen stieg zwischen 2021 und 2023 von 21 % auf 31 %. Im Datensatz zu haushaltsrelevanten Maßnahmen zur Energiekrise haben kombinierte Maßnahmen sowohl für Strom als auch für Gas ein Volumen von rund 33,5 Mrd. EUR im Jahr 2022 und 43,5 Mrd. EUR im Jahr 2023. Insbesondere fällt die Unterstützung der Industrie häufig in diese Kategorie. Die meisten dieser Maßnahmen sollen jedoch bis 2025 auslaufen.

Im Jahr 2023 hatten 43 % aller Subventionen für fossile Brennstoffe (48 Mrd. EUR) ein geplantes Enddatum vor 2025 und weitere 9 % (10 Mrd. EUR) ein mittelfristiges Enddatum zwischen 2026 und 2030. Für die verbleibenden 48 % dieser Subventionen (53 Mrd. EUR) gibt es entweder noch kein Enddatum oder das Enddatum wurde auf ein Datum nach 2030 festgelegt. Für Deutschland lauten die entsprechenden Anteile rund 55 %, 15 % und 30 %.

Aus diesen Informationen geht hervor, dass die EU nicht auf einem guten Weg ist, um die Subventionen für fossile Brennstoffe im Einklang mit ihren Klimazielen abzuschaffen. Es sind gemeinsame Anstrengungen aller Mitgliedstaaten erforderlich, um zu erläutern, wie sie die Subventionen für fossile Brennstoffe abschaffen wollen, und um einen klaren und glaubwürdigen Zeitplan für ihre rasche Abschaffung festzulegen und gleichzeitig die zum Schutz bedürftiger Haushalte und zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit erforderlichen ergänzenden Maßnahmen zu ergreifen. Der von der Europäischen Kommission jüngst vorgelegte „Deal für eine saubere Industrie“ hat weitere Maßnahmen zur Verringerung und schrittweisen Abschaffung der Subventionen für fossile Brennstoffe, etwa im Rahmen des Europäischen Semesters 2025, angekündigt.

Anmerkungen

- [1] Für eine detaillierte Analyse siehe Nill, J. (2024): Fossil Fuel Subsidies in EU Member States. European Economy Discussion Paper 214.
- [2] Europäische Kommission (2025): Bericht über die Energiesubventionen in der EU, COM (2025) 17.

AUTOR + KONTAKT

Dr. Jan Nill ist Referent für ökonomische Analyse des ökologischen Wandels in der Europäischen Kommission. Die Information und Ansichten in diesem Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der offiziellen Meinung der Kommission.

Europäische Kommission,
Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen,
Rue de la Loi 170, 1049 Brüssel.
E-Mail: Jan.Nill@ec.europa.eu